

CHF 2.50
AZB 3001 Bern
Post CH AG

SCHWEIZERISCHE Gewerbezeitung

DIE ZEITUNG FÜR KMU

KLOSTERS 2025 – Bundesrat Guy Parmelin sprach sich anlässlich der 75. Gewerblichen Winterkonferenz klar gegen jegliche Industriepolitik aus. Stattdessen tue unser Land – gerade in unsicheren Zeiten – gut daran, den Staat schlank und die Steuern tief zu halten. Zu viele Regulierungen gefährdeten den Erfolg.

Schweiz soll Stärken bewahren

«Energie und gute Rahmenbedingungen für KMU»: Dies das Oberthema der diesjährigen, 75. Ausgabe der Gewerblichen Winterkonferenz im bündnerischen Klosters. In der Woche vor seinem Besuch am Weltwirtschaftsforum WEF in Davos beehrte Bundesrat **Guy Parmelin**, Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF), die traditionelle KMU-Tagung im winterlichen Tourismusort.

Unsichere Zeiten

«Die Zeiten, in denen wir leben, sind unsicherer geworden», stellte der Wirtschaftsminister fest. Eine ungewöhnliche Häufung von Krisen, eine zunehmend fragmentierte Weltpolitik sowie die Tendenz zur Blockbildung führten Parmelin zum Schluss: «Die seit dem Zweiten Weltkrieg bestehende internationale Ordnung wird schwer erschüttert.» Dadurch gerate auch die Schweiz zunehmend unter Druck, es stünden «heikle Entscheidungen» an.

Umso mehr gelte es, die Stärken der Schweiz zu fördern respektive zu erhalten: den flexiblen Arbeitsmarkt, eine an den Bedürfnissen der Wirtschaft ausgerichtete Berufsbildung, eine moderate Steuerbelastung sowie die Schuldenbremse, welcher eine entscheidende Rolle zukomme. «Zu diesen Stärken müssen wir unbedingt Sorge tragen.»

Praxisnahes Bildungssystem

Zum Schweizer Berufsbildungssystem meinte der Bildungsminister: «Eine grosse Stärke liegt in seiner Nähe zu den Bedürfnissen der Wirtschaft.» Es liege auf der Hand, dass die wandelnden Ansprüche der Arbeitswelt sich auf die Bildung auswirkten. Zum Wert der Bildung hatte am Eröffnungabend bereits Staatssekretärin **Helene Budliger Artieda**, Direktorin im Staatssekretariat für Wirtschaft SECO, festgestellt: «Bil-



Wirtschaftsminister Guy Parmelin sprach sich in Klosters deutlich gegen jegliche Industriepolitik aus. Besser seien ein schlanker Staat und tiefe Steuern.

Bild: Iris Andermatt

dung ist unser Gold, unser Öl und unser Gas.»

Klare Absage an Industriepolitik

Parmelin sprach sich deutlich gegen jegliche Industriepolitik aus, welche Grossunternehmen gegenüber den KMU bevorzugen würde. Besser seien ein schlanker Staat und tiefe Steuern. «Der Bundesrat hat sich wiederholt gegen Fördermassnahmen ausgesprochen, welche nur einigen wenigen Unternehmen zugutekommen. Eine solche Ungleichbehandlung zwischen Schweizer Unternehmen wäre ungerecht und würde Wettbewerbsverzerrungen zwischen Schweizer Unternehmen mit sich bringen.» Als Wirtschaftsminister wolle er, so Parmelin weiter, «nicht Grossunternehmen in einigen Sektoren gegenüber den

KMU bevorzugen. Sollen «strategische / zukunftssträchtige» Branchen, Produkte und Technologien gefördert werden, müsste die Verwaltung oder die Politik diese identifizieren.» Die Behörden hätten jedoch keinen Wissensvorsprung. «Private Investoren und unsere Unternehmen können die Marktpotenziale besser identifizieren.» Staatliche Fördermassnahmen verhinderten letztlich einen Strukturwandel in Richtung der vorhandenen Standortvorteile.

UEG und EasyGov sind nützlich

Zur nötigen Reduktion der administrativen Belastung trage das seit 2024 in Kraft getretene Unternehmensentlastungsgesetz (UEG) bei. «Der Schweizerische Gewerbeverband hat diesen Prozess in Gang gebracht», lobte der Wirtschaftsminister. Zu-

dem sei EasyGov wichtig, der Online-Schalter, in dem sich schon mehr als 100 000 Unternehmen registriert haben, welche darüber aktuell 59 Behördendienstleistungen direkt digital abwickeln können.

Regulierungen gefährden Kompetenz der Schweiz – und Europas

Trotz dieser Erfolge: «Die zunehmenden Regulierungen», so Parmelin, «gefährden die Kompetenz nicht nur der Schweiz, sondern von ganz Europa.» Dazu komme die Unsicherheit, was von der neuen US-Regierung zu erwarten sei. Neue (Indien, Chile, Thailand) sowie die bestehenden 43 Freihandelsabkommen seien in dieser Situation ebenso wichtig wie die Absicherung des Zugangs zum EU-Binnenmarkt. *En*

Mehr zu «Klostern 2025»: Seiten 2 & 6-9

UMWELTVERANTWORTUNGS-IV

Diese Verarmungs-Initiative verdient ein klares NEIN

Am 9. Februar kommt die sogenannte Umweltverantwortungsinitiative (UVI) an die Urne. Tatsächlich ist das radikale und unverantwortliche Volksbegehren eine eigentliche Verarmungs-Initiative – und verdient ein entsprechend klares **NEIN** der Stimmbevölkerung.

Denn: Was gut tönt, ist bei genauerer Betrachtung eine Mogelpackung. Es geht nicht um freiwilligen Verzicht, sondern um eine von oben verordnete radikale Abkehr vom Konsum. Die aus der links-grünen Ecke stammende UVI will uns zu besseren Menschen formen. Konkret soll unser Land bis 2035 die planetaren Grenzen – gemessen am globalen Bevölkerungsanteil der Schweiz – nicht mehr überschreiten. Damit soll die Erneuerungsfähigkeit der Erde erhalten bleiben.

Nachhaltigkeit lässt sich langfristig nicht durch Verzicht, sondern durch eine effizientere Ressourcennutzung herbeiführen – unter Beibehaltung oder sogar Mehrung des Wohlstandsniveaus.

Seite 5

www.nein-zur-verarmungsinitiative.ch

KANTONALE ABSTIMMUNGEN

Der Mindestlohn kostet Arbeitsplätze

Mindestlöhne sind auf dem Vormarsch. Mehrere Kantone kennen mittlerweile einen solchen. Am 9. Februar stimmen nun die Kantone Solothurn und Basel-Landschaft darüber ab – und zwar über unterschiedlich hohe. Das ist absurd, sind die beiden Nachbarkantone doch wirtschaftlich sehr eng miteinander verflochten.

Doch das ist nur ein Argument von vielen, die dagegensprechen. So kostet der Mindestlohn Arbeitsplätze und erhöht die Kosten für alle. Ausserdem hebt er Gesamtarbeitsverträge aus, und er gefährdet die Berufslehre. Besonders bitter wäre die Annahme für den Kanton Solothurn. Er hätte dann den höchsten Mindestlohn der Deutschschweiz. **Sarah Koch**, Geschäftsführerin des KMU- und Gewerbeverbands Kanton Solothurn, rechnet mit der Abwanderung von Unternehmen und wirbt für ein klares **NEIN** in beiden Kantonen.

Seite 10

www.fwso.ch/mindestlohn-nein
www.nein-mindestlohn-bl.ch

INHALT



PATRICK DÜMMLER – «Industriepolitik war langfristig nie erfolgreich», sagt der sgv-Ressortleiter. **Seite 2**



ARBEITSMARKT – Der Stellenmarkt ist aufgrund der Meldepflicht transparenter geworden. **Seite 11**



JARDINSUISSE – Die Grüne Branche schafft Lebensräume und fördert die Biodiversität. **Seite 13**



MOSER-BAER AG – Das Unternehmen kombiniert Schweizer Präzision mit globaler Denkweise. **Seite 15**

FOKUSKMU
Alle sind Wirtschaft.

Immer mehr Bürokratie für KMU: Was tun?

Ab Montag, 3. Februar, täglich ab 17.30 Uhr auf

TELE BERN TELE ZÜRICH TELE MI

und ab Montag, 10. Februar, täglich ab 17.20 Uhr auf

TELEZ

www.fokus-kmu.tv Sponsoringpartner